

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1.20 Mk. Eingetragen in die Postzustellungsliste Nr. 6452.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Bred. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Riemann, Hannover. Redaktionsschluss: Freitag, morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstr. 7 2. Et. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

Großkampf in der chemischen Industrie Süddeutschlands.

35 000 Arbeiter der chemischen Industrie stehen im Kampfe für höheren Lohn.

Mit der Aussperrung von Zehntausenden von Arbeitern in der chemischen Großindustrie Süddeutschlands ist die Geschichte der sozialen Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital in Deutschland wiederum um ein Kapitel vermehrt. Mit jener Brutalität, die dem Großkapital von Natur aus eigen ist, will es den Grundsatz durchführen: „Zuerst kommt der Gewinn des Kapitals, dann erst der Lohn, der Anteil des arbeitenden Menschen am Arbeitsertrage.“ Der arbeitende Mensch, dessen Muskeln und Hirn Wirtschaft, Staat und unser ganzes soziales und kulturelles Leben in Gang erhält, bei dem jeder Pfennig seines kargen Arbeitslohnes etwas weniger Hunger, ein wenig mehr Satttheit, ein wenig mehr Lebensfreude, mehr Arbeitsenergie bedeutet, soll zurückstehen vor den Wollenden des Kapitals. Zuerst kommt der Luxus der Drohnen, dann der Hunger der Arbeitshienen. So will es das organisierte Unternehmertum, das mit den raffiniertesten Mitteln der öffentlichen Meinung die Auffassung zu suggerieren sucht, daß die Höhe der deutschen Arbeitslöhne schuld an der Misere der deutschen Wirtschaft ist.

Um was geht dieser Kämpfenkampf? Die Arbeiter fordern eine mäßige Erhöhung ihrer karglichen Löhne. Hohnlachend geben die Herren der chemischen Industrie in Bayern zur Antwort, daß sie nicht nur keine Lohn erhöhungen gewähren wollen, sondern sogar Lohnabbau verlangen. Sie begründen ihre Stellungnahme mit der lächerlichen Aktion des Preisabbaues, lächerlich deshalb, weil es in Wirklichkeit eine zielverschleiende Aktion für den allgemeinen Lohnabbau ist. Sie deklarieren das bekannte Sprüchlein von der Notlage der deutschen Wirtschaft und daß die deutsche Wirtschaft vor die Hunde gehe, wenn der Lohn nicht verkürzt werde, dieselbe deutsche Wirtschaft, in der die Zahl der Direktoren und sonstigen fetten Posten im gleichen Verhältnis zur Notlage der deutschen Wirtschaft wächst.

Wir hören dann noch das Lied von der ausländischen Konkurrenz. Die deutsche chemische Industrie, dieses wissenschaftlich-technische Prunkstück in dem Prachtbau der deutschen Industrie, fürchtet die ausländische Konkurrenz und glaubt ihr nur begegnen zu können, wenn die Lebenshaltung ihrer Arbeiter auf die Linie der chinesischen Kulis herabgedrückt wird. Ist dieses soziale und wirtschaftliche Ergebnis der stolzen deutschen chemischen Wissenschaft nicht beschämend? Wenn die deutsche chemische Industrie über den ausländischen Wettbewerb klagt, dann ist es ganz bestimmt nicht die Höhe der deutschen Löhne. Wir haben sehr gutes Vergleichsmaterial zur Hand:

Ein Betriebsarbeiter in der chemischen Industrie konnte am Anfang des Jahres 1925 für den Tariflohn einer Arbeitsstunde folgende Mengen Lebensmittel kaufen:

	in Frankfurt a. M.	in London	in Philadelphia (Durchschnittslohn)	in Stockholm	in Wien
Brot Gramm	1600	3000	2600	1400	1300
Weizenmehl	1375	2400	4200	1800	1000
Rindfleisch	281	500	800	400	250
Butter	160	250	400	200	150
Zucker	1000	1400	2800	1200	950
Vollmilch Liter	2,2	2	4,7	3	1,7
Eier Stück	5	5	8	5	5

Die Angaben über die Kleinhandelspreise in den ausländischen Hauptstädten sind der „Rundschau der Arbeit“, herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt, für Frankfurt a. M. der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ entnommen.

Ein amerikanischer Arbeiter in der chemischen Industrie seines Landes könnte fast das Vierfache an Weizenmehl, fast das Dreifache an Fleisch, Butter und Zucker kaufen, der englische Arbeiter fast das Doppelte als der deutsche. Höher war auch die Kaufkraft des Lohnes in Stockholm, niedriger allerdings in Wien als in Deutschland.

Sehen wir nach der Schweiz. Die Schweizer chemische Industrie ist, was Qualitätsware anbetrifft, der schärfste und erfolgreichste Konkurrent Deutschlands auf dem Weltmarkte für Feinchemikalien, Drogen, pharmazeutische Artikel und Anilinfarbstoffe. Die Schweiz besitzt keine Kohlenbergwerke. Die Schweizer chemische Industrie ist deshalb für den Bezug von Kohleerzeugnissen und Zwischenprodukten der Teerdestillation zum Teil von Deutschland abhängig. Abgesehen von den niedrigeren Bankzinsen arbeitet die Schweizer chemische Industrie zum Teil noch unter ungünstigeren Bedingungen als die deutsche. Auch die sozialen Abgaben und die Steuerlasten, über die man in Deutschland so sehr klagt, dürfen in der Schweiz nicht geringer sein. Der tarifliche Anfangslohn für ungelernete Arbeiter in der chemischen Industrie Basels betrug am Anfang 1925 1,23 Frank = 1 Reichsmark. Dazu kommen noch Zuschläge von 50 Prozent für Nachtarbeit, tariflicher Anspruch auf Schutzhelme usw.

Die deutschen Löhne sind es nicht, die dem erfolgreichen Wettbewerb der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte hinderlich sind. Weit eher ist es die Abwanderung deutscher wissenschaftlicher Erfahrungen ins Ausland, der Export des deutschen Erfindergeistes und technischer Erzeugnisse, der von dem deutschen chemischen Großkapital betrieben wird. Bekannt sind die Abrechnungen des Anilinkonzerns mit den ausländischen chemischen Industrien. Darin hat sich der Anilinkonzern verpflichtet, den ausländischen Industrien gegen Anteil am Fabrikationsgewinn chemisch-technische Herstellungsverfahren zur Verfügung zu stellen.

Die Chemische Fabrik vorm. Goldberger, Geromont u. Cie. in Winkel (Aheingau) erklärte in verschiedenen Geschäftsberichten der letzten Jahre, daß sie es für notwendig gefunden habe, ihre technischen Erfahrungen im Auslande zu verwerfen.

Diese Abwanderung deutscher technischer Erfahrungen zur Ausbeutung im Auslande wird allerdings durch die hohen Schutzollmannern, mit denen sich gegenwärtig fast alle Industriestaaten umgeben haben, außerordentlich gefördert. Nichtsdestoweniger kann man daraus die Schlussfolgerung ziehen, daß das Kapital gar nicht daran denkt, auf das Gedeihen der deutschen Wirtschaft Rücksicht zu nehmen, sondern ohne weiteres dorthin geht, wo es den größten Verdienst erwartet.

Davon reden aber jene Kreise nicht, wenn sie das Klagegedicht von der verarmten deutschen Wirtschaft vortragen. Wir hören auch keinen Protest gegen die blutsaugerischen Wucherzinsen des deutschen Bankkapitals. Wie soll eine Wirtschaft

auf dem Weltmarkte siegreich sein können, wenn sie für Leihkapital 12, 15, 20 und noch mehr Prozent Wucherzinsen als normalen Zinssatz zahlen soll, während das ausländische Kapital sich mit 3, 4 und 5 Prozent begnügt? Welche Wirtschaft soll solche Zustände auf dem Weltmarkte ertragen können, wo Ungeheuerlichkeiten wie folgende sich entwickeln können: Nach der „J. u. S.“ vom 3. Oktober 1925 ließ die Kölner Bank C. Drees in Köln von der Berliner Firma J. Michael u. Co., die dem bekannten Frankfurter Deflationspekulanten Michael gehört, 600 000 Goldmark auf 2 Monate. Dafür mußte die Firma mit Zinsen und Provision nach zwei Monaten insgesamt 1 212 000 Goldmark zurückzahlen. Solche Zinswucherbeispiele können noch vermehrt werden. Wir fragen: Wo sind die Arbeitgeberverbände, die gegen solche Zustände protestiert haben, und wenn, anders als mit maffen Worten? Wo sind die Stellen der deutschen Reichsregierung, die gegen diese Ausplünderung der deutschen Wirtschaft durch das Finanzkapital gesetzliche Zwangsmaßnahmen ergreift?

Die Arbeiterschaft der chemischen Industrie Bayerns und Sessens-Nassaus ist nicht gewillt, der Prügelfurche für all die Fehler zu sein, die von den Führern der deutschen Wirtschaft gemacht worden sind. Sie warf dem chemischen Großkapital den Gehbehandschuh hin in dem Bewußtsein, für ihr heiliges Menschenrecht zu kämpfen, wenn sie einen auskömmlichen Lohn zu erzwingen suchte. Die Antwort, die das chemische Großkapital darauf gab, war seiner Vergangenheit würdig: die Aussperrung von Zehntausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen. Der Nachwille der Unternehmer will unumschränkt herrschen.

Die kämpfende Arbeiterschaft weiß, daß es der schwerste Kampf ist, der je in der chemischen Industrie anzufechten gewesen ist. Sie kennt die wirtschaftliche Macht des chemischen Großkapitals, dessen Goldmilliarden sich verdoppelt und verdreifacht haben, während das Volk, die Arbeiterschaft, hungerte und darbe und Blut und Leben für die Gesamtheit hingab.

Wir wissen auch, daß die Kampfesstellung der Arbeiterschaft besser sein könnte, wenn sie geschlossener in der Kampforganisation Fabrikarbeiter-Verband Deutschlands zusammengefaßt wäre. Unverzeihlich sind die Sünden, die in der Vergangenheit von unverantwortlicher Seite aus Parteilichkeit an die gewerkschaftliche Organisation in der chemischen Großindustrie begangen worden sind. Jetzt gilt es aber zu sammeln und zu zeigen, daß hinter der kämpfenden Arbeiterschaft der geschlossene Wille einer starken Organisation steht.

Der Erfolg des Kampfes hängt nur von der Stärke der Organisation ab. Darum, Arbeiter und Kampfgenossen und -genossinnen im Reiche, stärkt den Fabrikarbeiter-Verband Deutschlands! Denkt daran, daß der Kampf in der chemischen Großindustrie auch euer Kampf ist, daß sein Ausgang ausschlaggebend sein wird für die gesamte Lohngestaltung in der gesamten chemischen Industrie Deutschlands und darüber hinaus. Der Kämpfenkampf in der chemischen Industrie Süddeutschlands, herausbeschoren durch das chemische Großkapital, muß jeden von euch anspornen, zu werben

für den Fabrikarbeiter-Verband Deutschlands.

G. R.

Locarno.

Die ganze Welt hat eine Zeitlang auf diesen Fleck in der Schweiz hingeblickt. Heute ist „Locarno“ der Inbegriff aller Hoffnung bei den vernünftigen Menschen der Welt. Von Locarno aus haben wir den Erlöser erhofft und dieses Sehnen scheint in Erfüllung gehen zu sollen. Der Friede auf Erden ist auf dem Marsche, und je fester wir dies hoffen und glauben, desto wahrer wird es sein. Allerdings, so ganz kampfslos wird die Welt den Frieden nicht haben können, denn noch sind starke Kräfte am Werk, seine Verwirklichung zu verhindern. Interessenten und Phantasten möchten den feithetigen barbarischen Zustand — Ausstrahlung von Streitigkeiten zwischen den Staaten und Völkern mit der rohen Gewalt — beibehalten. Briand hat recht, wenn er sagt, das Werk von Locarno wird erst den Frieden bedeuten, wenn die Völker ihm den Geist, das Leben geben. Völkischer und deutschnationaler Geist wird es nicht sein, der zu diesem Ziele führt, denn dieser Geist ist nicht guten Willens.

Wie immer auch der Pakt in Locarno beurteilt werden kann, so handelt es sich dabei jedenfalls um einen weltpolitischen Akt von größter Tragweite. An Stelle des von England fallen gelassenen Genfer Protokolls ist nun ein Bündnisystem zustande gekommen, in dem allerdings wichtige Grundsätze des Genfer Protokolls, vor allem die der Schiedsverträge und des Schlichtungsverfahrens, sich Geltung verschaffen konnte. Der Rheinpakt, die Sicherung der Westgrenzen Deutschlands durch den Garantievertrag Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens auf der einen und Deutschlands auf der anderen Seite, und durch Schiedsverträge zwischen Deutschland-Frankreich, Deutschland-Belgien konnte in Locarno ohne besondere Schwierigkeiten unter Dach gebracht werden. Viel schwieriger war die Erlebigung der Ostfragen, da eine Garantie der Ostgrenzen ähnlich der der westlichen weder von Deutschland noch von England getragen werden konnte. Hier kam es nur zu Schiedsverträgen, die durch Frankreich außer-

halb des Paktes garantiert wurden, wobei es fraglich ist, inwieweit der Westpakt, der eigentlich ein Bündnis zwischen Frankreich und Deutschland darstellt, mit dem bestehenden Bündnis Frankreichs mit Polen und der Tschechoslowakei vereinbart werden konnte. Auch war die Auslegung des § 16 der Völkerbundsstatuten, die das Durchmarschrecht im Kriegsfall regelt, ein Streitgegenstand, der schließlich auf eine Deutschland befriedigende Weise gelöst werden konnte. Ebenso wichtig wie der Pakt selbst ist der durch den Pakt ermöglichte, ja vorausgesetzte Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Die große Entspannung im Verhältnis der Westmächte zu Deutschland wird bald in sichtbaren Zeichen zum Ausdruck kommen, wie in der längst fälligen Räumung der Kölner Zone und in Erleichterungen und Garantien in bezug auf das Regime im besetzten Rheinland. Diese werden sowohl von der durch sie bedrückten deutschen Bevölkerung wie auch von der ganzen pazifistisch-gedankten öffentlichen Meinung der Welt mit Freude begrüßt.

Welche Bedeutung der Pakt von Locarno für die Sicherung des Friedens haben wird, läßt sich freilich im voraus nicht sagen. An Bündnisverträgen pflegte bisher immer etwas zu haften, was trotz aller Betonung des Friedensgedankens zu Kriegen führte. Von dieser Seite her wurde daher auch der Pakt von Locarno mit einigem Zweifel aufgenommen. Man muß sich aber sagen, daß es sich hier nicht um einen einfachen Bündnisvertrag handelt; die, wenn auch nicht durchweg ausschlaggebende Rolle des Völkerbundes, der Schiedsverträge und Schlichtungsausschüsse, verleihen ihm ein von den früheren Bündnissen verschiedenes Gesicht. Freilich hängt für die Zukunft alles davon ab, ob dem Pakt eine geistige Erneuerung der Völker in bezug auf ihre Ideen und Gesinnung über Krieg und Frieden folgen wird. In Locarno selbst wollte man sicher nicht den Krieg, sondern den Frieden vorbereiten, wenn nicht aus sittlicher Überzeugung, so deshalb, weil die fürchterlichen Folgen eines neuen Krieges, der das ganze Hinterland erschaffen und unbedingt auch den Sieger zum Besiegten machen würde, sich bereits mit genügender Klarheit in die Vorstellungswelt auch der Staatsmänner gedrängt hat. Wie wird die weltpolitische Lage nach dem Pakt von Locarno beeinflusst? Die Sowjetregierung betrachtet den Pakt von Locarno als Herausforderung gegen Rußland, der den Zweck verfolgt, Deutschland in die Arme der russenfeindlichen englischen Regierungspolitik zu treiben. Tschitscherins Reise nach Warschau und nach Berlin erfolgte in einem Zeitpunkt, als das Zustandekommen des Paktes bereits fast sicher war, und diente deshalb wahrscheinlich nicht dem Zweck, den Pakt noch zu vereteln, sondern sich der neuen weltpolitischen Lage anzupassen. Auf dem Wege über die Annäherung an Polen sollte auch das Verhältnis zu Frankreich freundlicher gestaltet werden. So möchte Sowjetrußland seinen Frieden nach Westen sichern. In seiner Politik im Osten bleiben trotzdem die alten Gegensätze mit England weiterbestehen. Nach der Verständigung mit Polen wird auch das Verhältnis der Randstaaten zu Rußland neu geklärt werden müssen. Die Bestrebungen der englischen Außenpolitik zur Gewinnung der Ostländer lösen Gegenaktionen Rußlands aus. Finnland hat sich vor einiger Zeit von der politischen Gruppierung der Randstaaten entfernt und sich politisch an Schweden angeschlossen. So viel zu der rein politischen Seite des Paktes von Locarno.

Wirtschaftlich werden sich die in Locarno abgeschlossenen Vereinbarungen selbstverständlich nur dann günstig auswirken können, wenn die in dem Pakt niedergelegten politischen Gesichtspunkte Tatsache werden. Wir hoffen es. Insbesondere Deutschland als Industriestaat, der von der Rohstoffzufuhr aus anderen Staaten abhängig ist, das geographisch eine Insel bildet zwischen den Vertragsstaaten, hat wirtschaftlich das größte Interesse daran, daß der Geist des Locarnopaktes lebendig werde. Damit ist die Stellung der Arbeiterschaft gegeben, wenn dies nicht schon vorher der Fall gewesen wäre.

Reichstagspräsident Lohse hat auf der Weltfriedenskonferenz in Paris vor einigen Wochen in ganz kurzen Sätzen gesagt, was uns vorzweht, d. h. er hat die Stellung und die Erwartungen der deutschen Arbeiterschaft dargelegt, als er sagte:

Die Zeit ist vorüber, wo einzelne Staaten Europas den gewaltigen Konkurrenzkampf der Wirtschaft auf sich nehmen und dabei zu Wohlstand gelangen konnten; nur ein einziges Europa sei in der Lage, seinen Platz in der Welt zu behaupten; daher müsse eine Foklunion der europäischen Länder plangreifen.

Die Zollpolitik wie sie insbesondere auch von verschiedenen deutschen Interessengruppen, die im Reichsparlament und in der Regierung eine feste Stütze haben, getrieben wird, dient nicht dem Weltfrieden. Als Deutschland noch unter der Kleinfacterei litt, hatte jedes Vaterländchen seine Zoll- und Manufakturen. Sie unterbanden und erschwert den Handel und Verkehr und damit die wirtschaftliche Entwicklung überhaupt. Ähnlich liegt es heute mit den Staaten Europas ebenfalls, und wir haben den Wunsch, daß die europäische Foklunion entsteht wie im Jahre 1834 der Zollverein geschaffen wurde, um die schlimmen Folgen des Kleinfactereijammers für die Wirtschaft allmählich auszuheilen.

In diesem Sinne muß und wird die Arbeiterschaft wirksam sein. In ihrem tieferen Sinn sind die Verträge von Locarno Wegbereiter eines neuen Zeitalters der Weltwirtschaft. Und hier gibt es neben dem Kapital nur eine Kraft, die etwas zu bedeuten hat, das sind die Gewerkschaften. Sie werden hinfort national in ihrem Lande und international in ihrer Gesamtheit dafür zu wirken haben, daß die Arbeit und alle Fragen, die mit ihr zusammenhängen, den kategorischen Imperativ der neuen Zeit bildet.

Aus der Industrie
Chemische Industrie

Großkampf in der chemischen Industrie.
Neben Bayern, wo zur Zeit 7200 Arbeiter der chemischen Industrie im Streik stehen und ausgespart sind, ist es im Bezirk Frankfurt zur Arbeitseinstellung und zur Aussperrung gekommen. Am Mittwoch, dem 22. Oktober, fanden 6200 Arbeiter aus 5 Betrieben im Streik und 15 400 Arbeiter aus 25 Betrieben waren als Gegenmaßnahme der Arbeitgeber ausgespart. Bis zum 3. November werden weitere sieben Betriebe mit 1200 Arbeitern aussparten, für die die Kündigung bereits angedroht ist. Außerdem ist in 15 Betrieben mit insgesamt 4200 Arbeitern die Kündigung zum 9. November angedroht. Der Streik von fast 6000 Arbeitern der chemischen Industrie wird durch die Aussperrung von 21 000 Arbeitern von den Arbeitgebern beantwortet. Nach dem 9. November stehen demnach in Bayern und im Frankfurter Lohnbezirk annähernd 35 000 Arbeiter im Lohnkampf.

Dieser Kampf geht offensichtlich nicht nur um ein paar Pfennige Lohnerbhöhung. Die Unternehmer haben vielmehr diese Situation heraufbeschworen. Nachdem die Öffentlichkeit monatelang systematisch von den Unternehmern beeinflusst wurde, weil die Industrie angeblich die hohen Löhne nicht zahlen kann und die Löhne schuld an den hohen Preisen sein sollen, glaubten die Unternehmer bei chemischen Industrie in einem der wichtigsten Bezirke erfolgreich gegen den Verband vorgehen zu können. Der Frankfurter Bezirk war mit seinen Löhnen, entsprechend den wirtschaftlichen Verhältnissen, bisher führend in der Lohngestaltung der chemischen Industrie. In anderen Bezirken wurde unter Mitwirkung von Arbeitgebervertretern aus dem Frankfurter Bezirk der Lohn höher gestaltet als in Frankfurt, trotzdem bis dahin von den Unternehmern immer behauptet wurde, daß die übrigen Bezirke den Frankfurter Lohn nicht tragen können. Unter Mitwirkung derselben Herren wurde aber jede Lohnerbhöhung im Frankfurter Bezirk abgelehnt. Um den Anschein zu erwecken, daß der Kampf im Frankfurter Bezirk nicht unbedingt gewollt sei, wurde vorerst einmal die Lohnforderung der Chemiarbeiter in Bayern abgelehnt. Daraufhin konnte auch die Forderung der Arbeiter im Bezirk Mannheim-

Würde ich je vor die Wahl gestellt, entweder die Löhne zu drücken oder die Dividenden abzuschaffen, ich würde ohne Zögern die Dividenden abschaffen. Allerdings ist diese Wahl nicht wahrscheinlich, denn, wie bereits erwiesen, lassen sich durch niedrige Löhne keine Ersparnisse erzielen. Löhne zu reduzieren, ist schlechte Finanzpolitik, da zugleich auch die Kaufkraft reduziert wird. Vorausgesetzt, daß eine führende Stellung Verantwortunglichkeiten in sich schließt, so gehört es auch zu den Pflichten ihres Inhabers, dafür zu sorgen, daß das ihm unterstellte Personal die Möglichkeit erhält, sich eine ausreichende Existenz zu gründen.
Henry Ford.

Ludwigshafen nicht erledigt werden. Die Arbeitgeber waren von vornherein bemüht, den Anschein zu erwecken, als ob in ganz Süddeutschland ein für die Industrie unerträgliches Lohnniveau bestand. Die Tatsachen selbst kann man in wenigen Strichen zeichnen. Daß die Arbeitslöhne unzureichend sind, wird von allen Menschen anerkannt, die nicht zufälligerweise zur Gruppe der Industriemagnaten gehören, deren Wirklichkeit in der Beeinflussung des Arbeitsministeriums durch den Syndikus Dr. Meltinger zur Genüge bekannt geworden ist und darauf abzielt, die Arbeiterlöhne auf das aller-niedrigste Maß herabzudrücken. Daß die Kapital- und Finanzverhältnisse in der chemischen Industrie die Zahlung eines menschenwürdigen Lohnes nicht zulassen, wird von keinem denkfähigen Menschen geglaubt. Der wirtschaftliche und finanzielle Stand der chemischen Industrie läßt einen solchen Schluß nicht zu. Es bleibt also zur Erklärung des Vorgehens der Arbeitgeber einzig und allein die Auffassung übrig, daß die Chemiegewaltigen, wie in der Vorkriegszeit, den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht bei Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder nehmen wollen.

Gerade Süddeutschland haben sich die Herren anerselben, weil in den dortigen Großbetrieben die Organisation durch das verbrecherische Treiben der Kommunisten stark geschwächt war. Sie glaubten hier die Linie des schwächsten Widerstandes zu finden, was auch daraus hervorgeht, daß sie in Bayern den Versuch unternahmen, die Bewegung durch Abschluß von Sonderverträgen mit den einzelnen Belegschaften abzuschnüren. Durch den in den Versammlungen zu Tage tretenden einheitslichen Geist in der Arbeiterschaft und dem sachlichen Ernst, mit der die Beratungen gepflogen wurden, vor allem jedoch durch die einstimmig gefaßten und durchgeführten Beschlüsse wurden die Arbeitgeber belehrt, daß sie sich in der Wahl der Mittel vergriffen haben.

Die hier gekündete Absicht des organisierten Unternehmertums, das Gesamtlohniveau unter allen Umständen niedrig zu halten, findet Bestätigung in einem Offenen Briefe, den der Bund der Arbeitgeber-Verbände für Hessen-Nassau, Hessen und Waldeck (Stz Frankfurt a. M.) anlässlich des Friedensschlusses im Frankfurter Straßenbahnerstreik an den Magistrat der Stadt Frankfurt richtete. (Frfk. Ztg. 22. Oktober 1925.) Der Unternehmerbund warnte den Frankfurter Magistrat nachzugehen, denn:

Jede weitere Lohn- oder Gehaltserschöpfung bedeutet vermehrte Arbeitslosigkeit (Sonderbare volkswirtschaftliche Einsicht, D. Schmitt) Wir erwarten von dem Magistrat der Stadt Frankfurt, daß er im Gegensatz zum letzten Straßenbahnerstreik und zu seinem Verhalten bei der Lohnbewegung der hiesigen Arbeiter eine Haltung einnimmt, die der überaus ernstlichen und schwierigen Lage der Wirtschaft, insbesondere im Frankfurter Wirtschaftsgebiet, endlich Rechnung trägt.

D. h. mit anderen Worten: kein Arbeiter darf Lohn-erhöhung erhalten. Ton und Inhalt dieses Offenen Briefes zeigen klar und deutlich, daß das organisierte Unternehmertum in seiner Gesamtheit mit allen Mitteln, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft herabzudrücken bestrebt ist. Aber auch die Klassenolidarität des Unternehmertums, von der die Arbeiterschaft noch vieles lernen kann, kommt darin zum Ausdruck.

Unser Verband hat den Kampf nicht gewollt. Nachdem aber alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft waren und die Arbeitgeber in provokatorischer Weise die Arbeiter im Frankfurter Bezirk festhalten ließen, daß sie schlechter gestellt werden sollten als die Chemiarbeiter in anderen Bezirken, land, trotzdem sie seit Jahren mit ihren Löhnen an der Spitze

standen, mußte der Verband den um ihre Erhaltung ringenden Arbeitern helfend beistehen. Der Kampf ist schwer und in seiner Ausdehnung auf Zeit und Zahl noch nicht zu überschätzen. An der Disziplin der Kampfbereiten und dem ernstlichen Willen der Verbandsleitung, den berechtigten Wünschen der Mitglieder Geltung zu verschaffen, werden die schärfsten Maßnahmen brechen.

Die Mitglieder unseres Verbandes verfolgen den Kampf in der chemischen Industrie mit gespannter Aufmerksamkeit. Sie sind sich bewußt, daß ein Sieg der Arbeitgeber das Ende der gesamten Arbeiterschaft vergrößern wird, denn ebenso offenkundig wie die Not der Arbeiter ist das Bestreben der Arbeitgeber, die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter nach weiter herabzudrücken und die jetzt gezahlten Existenzlöhne noch mehr zu kürzen. Die Kosten des Kampfes werden, falls die Bewegung noch größere Ausdehnung annehmen und längere Zeit dauern sollte, von der gesamten Mitgliedschaft des Verbandes gern getragen werden.

Die Bewegung zeigt wieder einmal, daß die Arbeitgeber Kämpfe heraufbeschworen ohne wirtschaftliche Notwendigkeit, einzig und allein aus dem Grunde, die verhassten Gewerkschaften zu schwächen. Ob dabei die deutsche Wirtschaft geschädigt wird und ob die angeblich passive Handelsbilanz des Deutschen Reiches durch Verlust ausländischer Absatzgebiete weiter herabgedrückt wird, spielt in der Kalkulation der chemischen Großindustrie offenbar keine Rolle. Oder fühlen sich die Herren bereits so stark in ihren internationalen Beziehungen, daß sie von ihnen selbst herbeigeführte umfangreiche Stilllegungen großer Werke auf lange Zeit nicht zu fürchten brauchen?

Ein Mahnruf an die Arbeitnehmer der Stuttgarter Chemischen Industrie.

Der Verband soll erst einmal zeigen, was er leisten kann. Welcher Funktionär der Chemischen Industrie hat in den letzten Wochen diesem Ausruf nicht des öfteren Gehört, wenn er sich darum bemühte, seinen unorganisierten Arbeitskollegen dem Verbande zuzuführen? Welch unbegreifliche Unvernunft schaut aus diesem Anspruch entgegen!

Hast du, unorganisierter Arbeitskollege, schon einmal darüber nachgedacht, wer denn eigentlich den Verband darstellt? Ist es denn nicht dein Nebenkollege, der in richtiger Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge schon lange den Weg zum Verband gefunden hat? Bist du es nicht selbst, wenn du dem Beispiel deines Arbeitskollegen folgst?

Du verlangst also von deinem Mitarbeiter, von dir selbst, zu zeigen, was ihr leisten könnt. Kennst du auch die Mittel und Wege, die dich und deinen Arbeitskollegen in die Lage versetzen, etwas zu leisten? Lese einmal aufmerksam die folgenden Ausführungen, und du wirst mir bekräftigen, daß nur auf dem Wege des engsten gewerkschaftlichen Zusammen-schlusses die Möglichkeit der Leistung gegeben ist.

Ende September ist von den zuständigen Organen des Verbandes der Lohnvertrag für die württembergische chemische Industrie gekündigt worden. In einer Sitzung haben die Arbeitgeber der Chemie zu dieser Kündigung Stellung genommen und dem Verband folgende Antwort gegeben:

Die schlechte Lage der chemischen Industrie läßt eine Lohnerbhöhung nicht zu. Es wäre vielmehr notwendig, einen Abbau der ohnehin schon zu hohen Löhne vorzunehmen. Außerdem darf die Preislenkungsaktion der Regierung nicht dadurch unmöglich gemacht werden, daß dem Arbeiter höhere Löhne bezahlt werden. Die Arbeitgeber müssen also aus den vorstehenden Gründen heraus jede Verhandlung, die sich mit einer Lohnerbhöhung beschäftigen soll, ablehnen.

Wirft du, unorganisierter Kollege, angesichts dieser ablehnenden Antwort der Arbeitgeber wieder lediglich schimpfen, wirst du wieder wie so oft ausrufen: „Alle gehört hiegemacht, alle miteinander“. Denke doch lieber einmal ruhig und sachlich darüber nach, wer die Hauptschuld an dieser Antwort trägt. Kenne mir einen Arbeitgeberverband, der für seine Industrie-gruppe Lohnerbhöhungen bewilligt, nachdem die Arbeiterschaft sich selbst bekämpft, anstatt in geschlossener Front das Kapital zu bekämpfen. Nur die geschlossene Organisation stellt das einzige Mittel dar, den Arbeitgeber zur Gewährung höherer Löhne zu zwingen. Zwei Lohnverhandlungen der letzten Wochen sollen dir den Beweis für diese Behauptung erbringen:

Deine Arbeitsbrüder und -schwestern in den Bettfedern-Fabriken sind restlos organisiert. Auch sie haben höheren Lohn verlangt. Auch ihre Arbeitgeber wollten zunächst nichts oder wenigstens nicht viel geben. Und doch wurde die Bewegung mit einer Erhöhung des Stundenlohnes um 10 Pf. abgeschlossen. Dem Druck der gut organisierten Arbeiterschaft mußten die Herren nachgeben.

Die Firma Frank, Wichorienfabrik in Ludwigshafen lehnte zunächst auch die Verhandlungen ab. Auch sie mußte unter dem Druck einer restlos organisierten Belegschaft einen Lohnvertrag mit dem Verband abschließen, der eine Lohn-erhöhung von 8 Pf. pro Stunde vorsieht.

Folge dem Beispiel dieser Kollegen und Kolleginnen. Trete ein in den Fabrikarbeiter-Verband. Kläre deinen Mitarbeiter, deine Mitarbeiterin auf über den Wert des gewerkschaftlichen Zusammenhanges, und die Arbeitgeber der chemischen Industrie werden deine Forderungen nicht mehr höhnischelnnd ablehnen.
W. Sch.

Fener in den Lichtenberger Werken der Anilin-A.-G.
Nach der Meldung des „Vorwärts“ war am 22. Oktober in der Fabrik der Anilin-Industrie überhandnehmender Apparate in Brand geraten. In kurzer Zeit stand der ganze Fabrikraum in Flammen. Die Feuerwehrlöcher mußte sich größtenteils darauf beschränken, die Ausdehnung des Brandherdes zu verhindern, um die Nachbargebäude zu schützen. Erst nach mehrstündiger angestrengter Tätigkeit war die Hauptgefahr beseitigt.

Preisabbau

Die Reichsregierung hat zum 1. Oktober einen allgemeinen Preisabbau angekündigt. Erfolg: Der Lebenshaltungszindex für den Monat September ist trotz Steigerung fast aller Nahrungsmittelpreise um Lage und Preise 1 Prozent gesunken.

Durch Spruch des behördlichen Schlichters sind jetzt in Sachen die Standesbehörde der Papierfabrikarbeiter um durchschnittlich 5 v. H. erhöht worden.

Die Erhöhung beträgt mehr als die im Oktober eintretende Umsatzsteuermäßigung von 1/2 v. H.

Man hat sich aber nicht mit einer einfachen Erhöhung der Löhne ab jetzt begnügt, sondern ihre Rückwirkung bis 1. September verfügt. Wober die Unternehmer, die schon längst unter Kapitalmangel schwer zu leiden haben, das Geld zur Nachzahlung für drei Wochen und für die dauernde Mehrausgabe durch die Lohnerhöhung nehmen sollen, wenn keine Mehreinnahme da ist, darüber schweigt sich der Schlichterspruch aus.

Im vorläufigen Reichswirtschaftsrat hat der Herr Reichswirtschaftsminister am 24. September die folgende Erklärung abgegeben:

Nicht nur die Vertreter der Industrie und des Handels, der Banken und des Handwerks, auch die Gewerkschaften und Konsumvereine sind in Einzelverhandlungen von dem Ernst der Lage in Kenntnis gesetzt worden. Alle haben eine Unterstützung der Regierung bei ihrem Streben, das Preisniveau zu senken, mindestens aber zu halten, zugesagt, und das möchte ich hier mit Befriedigung feststellen.

Wie die Unterstützung der Gewerkschaften in Wirklichkeit ausbleibt, zeigt der obige Schlichterspruch.

Dass unter solchen Umständen beim besten Willen der Fabrikanten vorerst keine nennenswerte Senkung der Preise möglich ist, liegt auf der Hand. Man wird von Glück sagen können, wenn es gelingt, zunächst die jetzigen Preise zu halten und eine Erhöhung zu vermeiden.

Denkbar wäre, daß Gebot und Auftragsmangel den oberen Fabrikanten verleitete, die Vereinigungspreise zu unterbieten und sich das Recht und die Freiheit dazu mit Hilfe der Regierungseinstellung gegen die Kartelle zu verschaffen. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß dies nicht die wirklich leistungsfähigen, gesunden Fabrikanten sind.

Den Preisabbau in dieser Form sollte der Handel nicht unterstützen, so verständlich es ist, daß der Handel den Schein vermeiden muß, als sei er gegen den Preisabbau.

Die aus der Not geborenen oder sonstwie erzwungenen niedrigen Preise sind nicht mit dem gesunden Preisabbau zu verwechseln, den wir brauchen und den die Regierung auch nur wollen kann. Dieser kann nur von den gesunden und leistungsfähigen Fabriken ausgehen. Er wird und muß kommen, wenn diesen Fabriken die Führung in leistungsfähigen Vereinigungen möglich ist und dem guten Willen und der Besonnenheit dieser Führer von der Abnehmerseite Vertrauen entgegengebracht wird.

Verzögert man aber mit oder ohne Hilfe der Regierung diese Preisvereinbarungen und entfesselt einen Kampf auf Tod und Leben, wird das zwar möglicherweise eine Senkung der Preise, aber sicher keinen Segen für die Allgemeinheit bringen.

Wie deutlicher als der Arger über die 5prozentige Lohnerhöhung, die durch den behördlichen Schlichter für die sächsischen Papierarbeiter bewilligt wurde, geht aus diesen Ausführungen die Angst hervor, daß es der Reichsregierung doch noch einfallen könnte, die preisverteuernde Politik der Syndikate, Kartelle und Konventionen sich näher anzusehen. Aus diesem Grunde auch das hilflose Gestammel, daß die Händler den Preisabbau in der von der Regierung gewünschten durchgreifenden Form nicht unterstützen sollten. Jedenfalls geht der Artikelschreiber dabei von dem Grundsatz aus, daß es ungesund wäre, wenn eine Kräfte der anderen die Augen anschauen würde.

Wir haben bereits in zwei Artikeln die Preisermittlungen, die Dr. Clemens, einer der Syndizi der Papierfabrikanten, in den Fachzeitschriften veröffentlichte und aus denen hervorging, daß geradezu ungeheuerliche Preisausschläge genommen werden, unseren Mitgliedern mitgeteilt. In derselben Nummer der 'Papierzeitung' werden diese Ausführungen durch andere Interessenten noch gedeckt. Dabei ist interessant, daß die dem Kleinhändler zugeordnete Preispanne recht verschiedenlich beurteilt wird. Ein Herr Richard Zeck macht dazu u. a. folgende Ausführungen:

Die weitaus größte Anzahl der Einzelhandelsgeschäfte deckt ihren Bedarf bei den anfalligen Papiergroßhandlungen, und einschließlich der Ausrüstung (Schneiden, Falzen, Packen usw.) wird der Großhandelspreis etwa 30 v. H. über dem Fabrikplanpreis liegen. Dem Einzelhandel wird darauf als angemessen, je nach Größe des Verkaufs, eine Mindestpanne von 40 v. H. und bei jedem kleineren Quantum eine höhere Verdienstpanne zuzubilligen sein. Diese Verdienstpanne dürfte bei einem Verkauf von 50 Bogen sich um etwa 66 2/3 v. H. bewegen. Das Beispiel stellt sich demnach etwa wie folgt:

Table with 2 columns: Description and Price/Percentage. Includes 'Fabrikpreis im Durchschnitt für 50 Bogen 0,50 M', 'Großhandelsverdienst 30 v. H.', 'Kleinhandelsverdienst 66 2/3 v. H.', and '1,08 M'.

Derselbe Unternehmer hat durch Einkäufe gleichfalls festgestellt, daß die nach seiner Auffassung zulässigen Preise zum Teil ganz erheblich überschritten werden. Unter Zugrundelegung eines Großhändlerverdienstes von 30 Prozent und eines Kleinhandelsverdienstes von 66 2/3 Prozent haben die Einkäufe folgende Feststellung ergeben:

Der von den Einzelhandlungen genommene Preis ist in 12 Fällen 65 Pf. bis 1,10 Mk., er bleibt also unter dem Durchschnitt. In weiteren 14 Fällen 1,20 Mk. bis 1,50 Mk., also etwas über dem Durchschnitt, und in 4 Fällen 2 Mk. bis 2,50 Mk., demnach viel zu hoch.

Dass dieser Herr mindestens mit der Feststellung des Kleinhandelsverdienstes wesentlich zu hoch gegriffen hat, geht aus der Berechnung in der gleichen Nummer der 'Papierzeitung' hervor, die ein 'Papierhändler' — und dieser Fachmann muß

doch wirklich Bescheid wissen — aufgestellt hat, und die folgendenmaßen ausbleibt:

Table showing price ranges and percentages for 'Papier- und Schreibwarenhandel'. Columns include 'Bei einem Einkaufswert der auf einmal abgegebenen Ware' and 'Beispiel'.

Table with 5 columns: Quantity, Unit Price, Discount, Total Price, and Price per 1000 sheets. Rows show examples for 10,000, 5,000, and 1,000 sheets.

An diesen Beispielen kann der Artikelschreiber über die Lohnerhöhung der sächsischen Papierarbeiter ermessen, wo der Preiswucher wirklich liegt, und er hätte sich deshalb seine Entrüstung über die Gewerkschaften wohl ersparen können. Letzten Endes bleibt der Arbeiterschaft und deren Gewerkschaften kein anderer Weg übrig, als durch Lohnerhöhungen einen Ausgleich für die fortwährenden Preissteigerungen zu fordern. Diese Forderungen werden auch so lange von den Gewerkschaften erhoben werden müssen, wie in den Kreisen der Industrie und des Handels aller Schattierungen der Wille zum Preisabbau fehlt und solange die Reichsregierung den Mut nicht findet, nach Art der bekannten Wismarschen Kürassierfesten in die Preispolitik der Syndikate, Kartelle und sonstigen Preisvereinbarungen der Unternehmer hineinzu treten. Daß dieser Wille aber bei unseren sogenannten Wirtschaftlern fehlt, geht mit aller Deutlichkeit aus dem folgenden kurzen Aufsatz in der gleichen Nummer der 'Papierzeitung' hervor, den Robert Naumann unter der Überschrift: 'Mangelnder Wille' veröffentlicht:

Nur wenige Tage trennen uns von dem 1. Oktober. Für Anfang dieses Monats ist die 'Preislenkung' von der Regierung angekündigt. Ungeachtet aller — mangelnder Wille.

In den letzten Wochen fanden die Tagungen der großen Wirtschaftsverbände statt. Der deutsche Einzelhandel legte größte Verwahrung ein, daß von ihm aus die Preise übermäßig hoch gestellt würden. Ein Preisabbau im Einzelhandel, so hoch es ist für Oktober selbst bei Ermäßigung der Fabrikate unmöglich, da die teure Winterware längst gekauft und am Lager wäre.

Der Großhandel lehnte ab, als preisverteuernd betrachtet zu werden. Er sei, so sagte er mit Recht, ein unumgängliches Glied der Allgemeinwirtschaft. Von praktischem Preisabbau war vorerst kaum die Rede.

Die Privatbanken meinten, sie seien stets die Preisgeknabener der öffentlichen Meinung gewesen, an den hohen Zinsen liege die allgemeine Teuerung nicht, eine Zinsherabsetzung wäre zur Zeit untragbar. Alle Verbände gaben letzten Endes der abermäßig angespannten Steuerlast die Schuld. Der Regierung sagte man allgemein freundliche Worte wegen des beabsichtigten Preisabbaus, das wäre alles schön und gut, aber die Steuern, die Unkosten, die sozialen Lasten müßten erst ermäßigt werden, dann würde man weiter sehen.

Die Maßnahmen der Regierung gegen den Geldentwertungsvorbehalt einzelner Kartelle wird mit gemischten Gefühlen betrachtet. Werden wirklich die Preise sinken, wenn auf den Rechnungen nicht mehr steht 'Eine Reichsmark = 10/12 US-Dollar'?

Die letzten Wochen sind damit hingegangen, daß ein Meer von Linte verpflügt wurde, Resolutions gefaßt wurden, mehr oder minder geltsvolle Wirtschaftsverbände gebildet wurden.

Hoffentlich hat die Regierung noch stärkere Pfeile in Bereitschaft. Sonst bleibt es bei der Fanfare. Tiefste Enttäuschung wird dann weite Volkskreise erfassen, Wirtschaftskämpfe und Arbeitslosigkeit stehen dann bedrohlich in großem Ausmaße. Ohne Preisabbau gibt es keine Gesundung der deutschen Wirtschaft!

Opfer müssen allseits gebracht werden, wenn eine Katastrophe vermieden werden soll. Nicht nur wenn und aber, sondern positiv arbeiten, das muß man den Führern der deutschen Wirtschaft zurufen. — Wo ein Wille, da ist ein Weg, aber ein ernster Wille muß vorhanden sein.

Wir haben diesen Ausführungen nichts mehr hinzuzufügen, sie treffen unserer Auffassung nach den Nagel auf den Kopf. Nach diesen Zeugnissen aus Unternehmerkreisen hätten die deutschen Papierindustriellen wirklich alle Ursache, mit ihren Vorwürfen gegen die Gewerkschaften etwas vorsichtiger zu sein. Der deutschen Papierarbeiterschaft aber empfehlen wir, durch eine gute geschlossene Organisation im Verbands der Fabrikarbeiter Deutschlands dafür zu sorgen, daß neben der Preistreiberei der Unternehmer nicht auch noch die Ausbeutungswut gegen die Arbeiterschaft ungehindert blühen und gedeihen kann. G. Stähler.

Industrie der Steine und Erden

Der Reichsstarifvertrag für die Zementwaren- und Kunststein-Industrie gekündigt!

Der seit mehr denn 5 Jahren bestehende Reichsstarifvertrag in der deutschen Zementwaren- und Kunststein-Industrie (Betonwaren-Industrie) ist von Unternehmenseite angekündigt worden. Eine Begründung der Kündigung ist nicht gegeben. Somit ist die Frage offen, ob auf Unternehmenseite überhaupt noch das Bedürfnis besteht, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich zu regeln, oder ob auch in dieser Industrie der Gedanke vorherrschend ist, Konjunkturpolitik zu treiben. Bisher waren allerdings derartige Bestrebungen im Bund deutscher Betonwerke wenig bemerkbar. Es wäre aber töricht, eine solche Einstellung nicht als möglich anzunehmen. Eine andere Auffassung kann zur Zeit kaum angenommen werden, da unseres Erachtens eine Veranlassung zur Kündigung auf Arbeitgeberseite nicht bestand. Auffällig ist, daß, trotzdem die Kündigung am 28. September 1925 bereits ausgesprochen, bis heute weder irgendwelche Verhandlungen von Unternehmenseite angeboten noch Abänderungsanträge gestellt sind. Man muß da zu dem Schluß kommen, daß ein weiteres Vertragsverhältnis nicht erwünscht sei. Ob auf Unternehmenseite geglaubt wird, stark genug zu sein, um ohne Vertrag auszukommen, oder aber, ob man glaubt, stark genug zu sein, betriebsweise die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach eigenem Ermessen zu regeln, sei dahingestellt. Die Arbeiterschaft wird jedenfalls alle Möglichkeiten in Rechnung stellen. Die bis

heute vorliegende Stellungnahme der beteiligten Arbeiterschaft geht dahin, daß der Abschluß eines neuen Reichsstarifvertrags wünschenswert und erstrebenswert sei, daß sie jedoch zu einem Vertragsabschluss, der die Belange der Arbeiterschaft nicht voll würdigt, keine Neigung hat. Diese völlig klare Stellungnahme macht es im Interesse des Wirtschaftslebens erwünscht, wenn auch auf Unternehmenseite alsbald Klarheit geschaffen würde, da bei dem jetzigen Zustand sehr leicht Reibungsflächen entstehen können, die für das Wirtschaftsleben im allgemeinen und für die Zementwaren- und Kunststein-Industrie im besonderen nicht gerade dienlich sind. Das bisherige Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer war durch den Reichsstarifvertrag so, daß die Schwere des Wirtschaftskampfes erträglich gestaltet wurde. Wenn dieser Zustand von der Arbeitgeberseite jetzt geändert werden soll, wird die Arbeiterschaft sich damit abfinden. Ob jedoch die Auswirkungen dieses sich Abfindens zugunsten der Unternehmer und des Wirtschaftslebens ausfallen, steht auf einem anderen Blatte. Im Interesse der Wirtschaft ist es jedenfalls, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich recht bald zusammensuchen, um die Arbeitsbedingungen erneut so zu regeln, daß sie für beide Teile tragbar sind. Obgleich im Augenblick noch gar keine Möglichkeiten bestehen, daß die Parteien zusammenkommen, möchten wir doch nicht die Hoffnung aufgeben, daß es gelingt, bis Ablauf des Vertrages, der am 31. Dezember erfolgt, zu Verhandlungen und zum Neuabschluss zu kommen. Die Arbeiterschaft in der Zementwaren- und Kunststein-Industrie tut aber gut, nicht unter allen Umständen damit zu rechnen. Es empfiehlt sich daher, auch die Maßnahmen in Betracht zu ziehen, die notwendig sind, wenn ein tarifloser Zustand eintritt. Bei aller Friedensliebe möchten wir uns doch nicht überraschen lassen und es lieber, rechtzeitig zu rufen. Die Geschlossenheit der Arbeitnehmer ist daher die beste Abwehr und fordern wir alle unsere Mitglieder auf, eine rege Werbetätigkeit für unseren Verband auszuüben, um die noch absetzstehenden Kollegen uns zuzuführen. Es gilt, die vor uns liegenden Monate auszunutzen und werden wir dann den kommenden Dingen ruhig entgegenstehen können. M. C.

Nahrungsmittel-Industrie

Lohn- und Tarifverhältnis in der Rübenzucker-Industrie.

Die Lohnabschlüsse zu der diesjährigen Kampagne in der Rübenzucker-Industrie liegen für alle Bezirke, mit Ausnahme von Süddeutschland, vor. Für den süddeutschen Bezirk dürfte es auch für diese Kampagne nicht gelingen, einen geschlossenen Bezirksvertrag zu schaffen. Die Arbeitgeber Süddeutschlands erfüllen die Bestimmungen des Rahmenvertrages nur soweit sie ihnen zuzugestehen. Was ihnen nicht gefällt, darum kümmern sie sich nicht.

Wohl in keinem Jahre war die Lohnregelung in der Zucker-Industrie so schwierig wie in diesem. Nachdem die Kampagnetarife im Januar oder Februar abgelaufen waren, setzten die Arbeitgeber weiteren Lohnerhöhungen schärfsten Widerstand entgegen. War es in anderen Industrien immer noch möglich, hier und dort kleine Zulagen zu erreichen, so lehnte die Zucker-Industrie konsequent jede Zulage ab. Ja, in einigen Bezirken wurde der Versuch unternommen, die Löhne, die zum Teil wesentlich hinter den Löhnen anderer Industrien zurückstanden, abzubauen. Man hoffte hierbei auf die Hilfe der Schlichter, hat sich aber in den meisten Fällen gefäuscht. Dieses starre Festhalten an dem Grundsatz: unter keinen Umständen Lohnerhöhungen, hatte in den Zuckerfabriken eine Stimmung erzeugt, die sich vor der Kampagne in irgendeiner Art Luft machen mußte. So konnte z. B. in dem Bezirk Mecklenburg ein Spitzenlohn von 60 Pf. erst nach mehrwöchigem Streik erreicht werden.

Ähnlich wie in Mecklenburg lagen die Dinge im Bezirk Hannover-Dranschwieg. Hier wurde im Frühjahr der Versuch gemacht, die Löhne abzubauen. Der Versuch mißlang. Trotz wiederholter Verhandlung gelang es nicht, im Laufe des Sommers einen neuen Bezirksstarifvertrag zu schaffen. Die Löhne anderer Industrien ließen die Arbeitgeber der Zucker-Industrie als Vergleich nicht gelten. So standen wir in diesem Bezirk einige Wochen vor der Kampagne ohne Bezirksstarif da. Die Arbeiterschaft griff auch hier zum Streik, und nachdem einige Tage gestreikt war, konnte ein neuer Bezirkslohnstarifvertrag mit annehmbaren Löhnen geschaffen werden.

Bei den Lohnverhandlungen wurden die verschiedensten Gründe gegen eine Lohnerhöhung angeführt. U. a. ist auch wiederholt gesagt, daß der Achtstundentag für die Zucker-Industrie nicht tragbar sei. Die Arbeit in drei Schichten sei unmöglich usw. Ja, man stelle sich wiederholt auf den Standpunkt, selbst wenn man Überstundenzuschläge zahlen müsse, sei die Zweischichtarbeit rentabler als die Dreischichtarbeit. Daß es auch Unternehmern gibt, die anders denken, zeigt ein Absatz aus einem Schreiben eines Arbeitgebers, das unserer Zehntel Jena zugeht. In diesem Schreiben wird gesagt, daß die geforderte Lohnzulage nicht gezahlt werden könne, und zum Schluß heißt es dann:

Für die Fabrik ist es natürlich, rein kaufmännisch gedacht, ein Vorteil, achtstündige Arbeitszeit durchzuführen ohne Bezahlung der Überstunden, während bei 12stündiger Arbeitszeit Bezahlung der Überstunden dazukommt. Nur das ist die Ursache, daß die Belegschaft anderer Fabriken, die 12stündige Arbeitszeit haben, zufriedengestellt ist, während unsere Leute in der kurzen Arbeitszeit eben zu wenig verdienen.

In diesem Schreiben wird in trockenen Worten zugestanden, was wir immer behauptet haben. Die Arbeitgeber möchten die Zwölfstundenschicht ohne jeden Überstundenzuschlag haben. Es stimmt also demnach nicht, daß man sich bei der Zweischichtarbeit immer besser stellt als bei drei Schichten. 'Rein kaufmännisch', so sagt die Firma, steht sie sich bei achtstündiger Arbeitszeit besser. Was die Zucker-Industrie, und was auch die übrigen Arbeitgeber wollen, ist das: Die Arbeiter sollen, wie in der Vorkriegszeit, um ein Existenzminimum zu erreichen, 10—12 Stunden den Tag arbeiten. Das und nicht weniger geht aus diesem Brief hervor. Wenn nun verkehrt wird, die Sache so darzustellen, als habe auch die Arbeiterschaft Vorteil von dieser längeren Arbeit, so stimmt das nicht. Der Plan der Zuckerfabrikanten geht ja dahin,

für die lange Arbeitszeit, wie sie in der Vorkriegszeit üblich war, auch nur die damals üblichen Stundenlöhne zu zahlen.

Wenn es trotz aller Schwierigkeiten dennoch in fast allen Bezirken zu Bezirkslohnverträgen für diese Kampagne gekommen ist, so ist es dem Umstand zuzuschreiben, daß auch den Nachgelassenen der Arbeitgeber durch die Art der Produktion in der Zucker-Industrie Schranken gesetzt sind. Man muß versuchen, einen Kampf während der Kampagne zu vermeiden, weil man in dieser Zeit Störungen nicht vertragen kann. Überblicken wir die Lohnregelung insgesamt, so sind die Zulagen in der Zucker-Industrie höher als sie in anderen Industrien in letzter Zeit üblich gewesen sind. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß die Zuckerarbeiter im Laufe der letzten drei Viertelsjahre in den meisten Gegenden zu wesentlich niedrigeren Löhnen arbeiten mußten als die Arbeiter der übrigen Industriezweige. Selbst die höheren Zulagen gleichen dieses nicht aus.

In den einzelnen Bezirken bestehen folgende Spitzen-Stundenlöhne für ungelernete Betriebsarbeiter:

Bezirk	Ort	Stundenlöhne in Pfennigen				Zulagen	Prämien	Zusatz
		I	II	III	IV			
Frankfurt a. M.	männl.	69	67					1. 10. bis 31. 12.
	weibl.	45	44					
Hamburg	männl.	65				9-18 Pf.	5%	1. 10. bis 31. 12.
	weibl.	41						
Köln	männl.	68	61	60		15-20%	7%	16. 9. bis 31. 12.
	weibl.	37,5	37	35,4				
Münster, Kassel, Weingarten	männl.	62	61			15-20%	7%	16. 9. bis 31. 12.
	weibl.	37,5	37					
Sachsen-Anhalt	männl.	61	59	58		15-20%	7%	16. 9. bis 31. 12.
	weibl.	37	35,8	35,3				
Sachsen-Weimar	männl.	64	59	57		17 1/2%		25. 9. bis 31. 12.
	weibl.	31	33	32				
Stettin	männl.	61	53	50		15-25%		1. 9. bis 31. 12.
	weibl.	37	33	31				
Magdeburg	männl.	60	55			8-10%	5%	1. 8. bis 31. 12.
	weibl.	36	33					
Erfurt	männl.	59	52			10-20%	3 Pf.	1. 9. bis 31. 12.
	weibl.	35	35					
Dresden	männl.	58	50	49				1. 8. bis 31. 12.
	weibl.	34	30	29				
Schlesien	männl.	58	53	50	49	15-3 1/2%	10%	31. 9. bis 31. 12.
	weibl.	34	33	31	31			

Im Bezirk Oppenheim bestehen in den Betrieben folgende Spitzenlöhne: Marienburg männl. 52 Pf., weibl. 30 Pf., Handwerker 60 Pf.; Riezenburg und Alfelde männl. 49 Pf., weibl. 29 Pf., Handwerker 59 Pf.; Rastenburg männl. 41 Pf., weibl. 22 Pf., Handwerker 48 Pf.; Pöffenichlag für Marienburg und Alfelde 2 Pf., Kampagnezuschlag für Riezenburg 5 Prozent, für Rastenburg 7 Pf. für Ungelehrte und 9 Pf. für Handwerker.

Im Kreisamt Danzig werden folgende Löhne in Guldenpfennig gezahlt: Zuckerfabrik Prantz 80 Pf. für männl., 44 Pf. für weibl.; Sobowitz 68 Pf. für männl., 36 Pf. für weibl.; Reuteich 70 Pf. für männl., 38 Pf. für weibl. Die Handwerkerlöhne betragen der Reihe nach 1,25 Mk., 75 Pf. und 90 Pf. Für die Kampagne wird ein Zuschlag von 7 Pf. gezahlt.

Überblicken wir das Gesamtbild der Löhne, so soll zu gegeben werden, daß die Zuckerarbeiter mit diesen Löhnen an die Löhne anderer Industriezweige zum größten Teil heranreichen. Hören wir die Arbeitgeber reden, dann hat der Zuckerarbeiter gegenüber der Vorkriegszeit "Lohnsteigerungen" erhalten. Richtig ist, daß es die Zuckerarbeiter in der Nachkriegszeit verstanden haben, durch ihre Organisation dafür zu sorgen, daß sie mit ihren Löhnen nicht mehr soweit zurück sind wie früher.

Einleitend ist geschildert, welche Schwierigkeiten im Laufe des Jahres zu überwinden waren. Wenn schließlich zur Kampagne noch ansehnliche Lohnverträge zustande kamen, so ist es auf den verhältnismäßig günstigen Organisationsstand zurückzuführen. Was uns das nächste Jahr bringt, läßt sich im voraus nicht sagen. Damit aber müssen die Zuckerarbeiter rechnen, daß die Schwierigkeiten bei Lohnabschlüssen in Zukunft noch größer werden. Die Arbeitgeber werden uns noch mehr als bisher die "Lohnsteigerungen" vorrechnen. Sie vergessen dabei, daß die Unterschiede in der Lebenshaltung zwischen Stadt und Land heute nicht mehr so groß sind wie früher. Vieles hat sich geändert.

Wir werden also im kommenden Jahre noch härtere Kämpfe zu bestehen haben als in diesem Jahre; hierzu gilt es zu rufen. Wohl ist das Organisationsverhältnis in der Zucker-Industrie heute viel besser als in der Vorkriegszeit. Aber auch hier sind Lücken eingetreten, die ausgefüllt werden müssen. Auch hier gibt es Kollegen, die glauben, auf sie kommt es nicht an, oder sie stellen sich auf den Standpunkt: Laßt nur die anderen kämpfen und zahlen, wir erufen ja auf Kollegen, das muß anders werden! Jeder Verhandlungs-Kollege in der Zucker-Industrie muß es sich zur besonderen Aufgabe machen, für ein geschlossenes Organisationsverhältnis zu sorgen.

Die gegenwärtigen Lohnabschlüsse konnten nur erzielt werden, weil die Arbeiterschaft in unserem Verband einen Rückhalt hatte. So wird es auch in Zukunft sein. Wenn daher die Schwierigkeiten im kommenden Jahre überwunden werden sollen, dann kann das nur geschehen, wenn in allen Betrieben ein geschlossenes Organisationsverhältnis besteht. Deshalb die Organisationsarbeit der Arbeiter in der Zucker-Industrie zu fördern, das ist mit ihren Löhnen anderen gegenüber nicht mehr soweit zurückzuführen. Soll dieses ausreicht erhalten werden, und sollen weitere Fortschritte gemacht werden, dann wird das nur möglich sein, wenn auch der letzte Mann in der Zucker-Industrie dem Verband der Zuckerarbeiter angehört wird. Geht dieses nicht, dann brauchen wir für die Zukunft nicht bangen zu sein. E. S.

Verlegung der Differenzen bei der Firma H. Frank Söhne, Kassel.

Die in Nr. 41 des "Proletars" mitgeteilten Differenzen konnten ohne Schwierigkeiten beigelegt werden. Eine kurze Übersicht über den Verlauf und das Ergebnis der Verhandlung wird den Verhandlungs-Kollegen den Wert der Organisation klar vor Augen führen.

Die Forderung der Belegschaft nach sofortigen Verhandlungen wurde der Firma durch die Organisationsleitung mitgeteilt. Die Antwort lautet ohne jede Nebenbemerkung folgen:

Auf Ihr gest. Schreiben vom 25. d. M. erwidern wir, daß wir die nächste Besprechung am etwa Mitte Oktober legen möchten, um abzuwarten, — angesichts der von der Regierung betriebenen Preislenkungsaktion, welche Vereinbarungen in Lohnfragen andernfalls getroffen werden. — Wenn es dann trotzdem zu einer Erhöhung kommt, sind wir bereit, diese rückwirkend vom 5. Oktober an in Kraft treten zu lassen.

Hochachtungsvoll
Heinrich Frank Söhne, O. m. u. S.

Die weltbekannte Firma Frank wollte also nach dem bekannten Schwabischen Grundgesetz: "Jockele gang du voran" erst abwarten, ob und wann und wie und wo andere Firmen Lohnverhandlungen gewähren. Und dann? — nun ja — dann wird vielleicht auch für die Frank-Arbeiter etwas abfallen.

Die Firma hatte aber die Rechnung ohne die gutorganisierte Belegschaft (90-95 Prozent im Fabrikarbeiterverband) gemacht. Jede weitere Verzögerung ablehnend, beauftragte die Belegschaft die Organisationsleitung mit der Anrufung des Schlichtungs-Ausschusses, obgleich sie nicht viel Vertrauen in dessen Tätigkeit setzte. Nach zweimaliger Verhandlung kam dann auch unter schweren Geburtswehen ein Schiedsspruch zustande, der eine Erhöhung des Einkommens von 65 auf 70 Pf. vorsah, unter gleichzeitiger Befreiung der Zulagen und Prämien in aller Höhe.

Dieser unzureichende Schiedsspruch wurde von der Belegschaft mit 2/3 Mehrheit abgelehnt. In einer der Abstimmung vorangegangenen Versammlung wurde den anwesenden Vertretern der Firma kein Zweifel über die Absicht der Belegschaft gelassen, eine weitere Erhöhung des Lohnes und der Zulagen und Prämien durch Arbeitsniederlegung zu erkämpfen. Nachdem die Direktion das Resultat der Abstimmung und damit den Kampfeswillen der Belegschaft erfahren hatte, eruchte sie umgehend um weitere Verhandlungen.

Diese Verhandlungen, die mehrere Stunden in Anspruch nahmen, führten dann zu einem annehmbaren Ergebnis. Zwischen der Organisation und der Firma wurde am 19. Oktober ein Lohnvertrag abgeschlossen, der folgende Einkünfte, zahlbar vom 5. Oktober bis auf weiteres vorsieht: verheiratete Arbeiter jeden Alters 75 Pf., ledige Arbeiter im Alter von 21 Jahren und darüber 73 Pf., Arbeiterinnen im Alter von 21 Jahren und darüber 51 Pf., angehende Handwerker im Alter von 25 Jahren und darüber 88 Pf., gelehrte Handwerker im Alter von 25 Jahren und darüber 93 Pf. pro Stunde. In diesen Stundenlöhnen werden feste Zulagen und bewegliche Prämien von 3 bis 25 Pf. pro Stunde gezahlt. — Dieser Erfolg ist lediglich der geschlossenen Organisation zu verdanken.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Unfallanzeige der Arbeitgeber.

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, jeden Unfall, der sich in ihrem Betriebe ereignet, binnen drei Tagen anzugeben, vorausgesetzt, daß der im Betrieb Beschäftigte durch den Unfall getötet oder so verletzt ist, daß er stirbt oder für mehr als drei Tage völlig oder teilweise arbeitsunfähig wird. Die Anzeige ist schriftlich oder mündlich der Ortspolizeibehörde des Unfallortes und der Berufsgenossenschaft zu erstatten. Auf Grund des Gesetzes über Änderungen in der Unfallversicherung wurden die Vorschriften über die Unfallanzeige erweitert. Die oberste Verwaltungsbehörde kann bestimmen, daß Unternehmer von Betrieben, die der gewerblichen Unfallversicherung unterliegen, die Unfallanzeige schriftlich unter Beifügung einer Abschrift erstatten und daß die Ortspolizeibehörde die Abschrift an den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten weitergibt. Von der Beifügung, die der obersten Verwaltungsbehörde übertragen ist, hat der preussische Minister für Volkswohlfahrt Gebrauch gemacht und unterm 18. Juli 1925 bestimmt, daß die Arbeitgeber von Betrieben, die der gewerblichen Unfallversicherung unterliegen, die Unfallanzeige schriftlich in zweifacher Ausfertigung der Ortspolizeibehörde zu erstatten haben. Die Ortspolizeibehörde hat dem Gewerbeaufsichtsbeamten Abschrift der Unfallanzeige zu übersenden. Mit dieser Vorschrift werden die Gewerbeaufsichtsbeamten an der Unfalluntersuchung beteiligt. Diese Regelung wird dazu beitragen, daß durch die Unfalluntersuchungen unter Beteiligung der Gewerbeaufsichtsbeamten die Unfallgefahren besser erkannt und die Unfallverhütungsvorschriften zum Vorteil der Arbeitnehmer und Arbeitgeber entsprechend ergänzt werden.

Die Bestimmungen über die Unfallanzeige gelten für die Arbeitgeber in gleicher Weise, wenn es sich um Meldung von Unfällen handelt, die Folgen gemerblicher Berufskrankheiten sind. Die Meldung hat jedoch in solchen Fällen nicht an die Ortspolizeibehörde, sondern an das Versicherungsamt, das für den Betrieb zuständig ist, zu erfolgen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Unsere Arbeit. Bericht der Freigewerkschaftlichen Jugendzentrale des Ortsausschusses Berlin des ADGB. 1923/1924. 2. Auflage. Preis für Organisationen 50 Pf. Der vorliegende Bericht ist mehr als eine Anzählung geleisteter städtischer Arbeit. Hineingeworfen sind grundsätzliche Erwägungen und eine Fülle angelegener Probleme machen das Buch zu einem wertvollen Beitrag zum gewerkschaftlichen Jugendproblem. Eine umfangreiche, vielseitige Arbeit ist geleistet worden, um dem gewerkschaftlichen Jugendprogramm gerecht zu werden. Dem in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit Tätigen wird bei der Lektüre manche Anregung zufließen. Der Kollege Sabath, der Vorsitzende des Ortsausschusses Berlin des ADGB, hat der Arbeit ein begeistertes Wortwort geschrieben, in dem die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Jugend dargelegt wird. Das 48 Seiten starke Büchlein hat eine vorbildliche Jubiläumserklärung, ist flüssig geschrieben und geschmackvoll aufgemacht. Der Ortsverwaltungsausschuss und Ortsausschüsse, den für die Jugend Arbeitenden und den heranwachsenden Jugendorganisationen sei die jetzt in zweiter Auflage vorliegende Broschüre bestens empfohlen.

Kundschau.

Für die bedingungslose Ratifizierung des Arbeitsvertrages.

In Übereinstimmung mit den Erklärungen des Kabinetts Poulléz unterzeichnete der derzeitige belgische Arbeitsminister seinen einen Gesetzentwurf betr. die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Arbeitsvertrag. — Der Entwurf zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß er die bedingungslose Ratifizierung vorsieht. Die Ratifizierung in anderen Ländern, wie z. B. der Niederlande hat gezeigt, daß das Wirtschaftslieben unter der neuen Ordnung in keiner Weise leidet und im Falle der Arbeitslosigkeit sogar erhebliche Fortschritte gemacht hat. Dem internationalen Standpunkt aus, sagt die Denkschrift weiter, wird das gute Beispiel eines industriellen Landes wie Belgien, das sich damit an die Spitze der demokratischen Länder stellt, ohne Zweifel anregend wirken.

Außer Preußen wird nicht nur gewonnen, sondern die Ratifizierung wird ohne Zweifel in allen Ländern als eine wichtige Tat bezeichnet werden, mit der wir unseren Glauhen an die Fruchtbarkeit unserer Arbeit und die Hebung unseres Wirtschaftslebens an den Tag legen.

Die Streikversicherung der Unternehmer.

Unter dem recht merkwürdig anmutenden Titel: "Durch Streikversicherer zum Arbeitsfrieden" berichtet Hans Richter in der Zeitschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände von den

Verhältnissen der über die Streikversicherung der Unternehmer getroffenen Entscheidungsgesellschaft. Die Beitragslage für die Streikversicherung ändert sich in Folge der Kapitalmarktverhältnisse sehr niedrig gehalten, und so ist es erforderlich, daß sich kein Unternehmer von dieser Gemeinschaft ausschließt, um so mehr, weil, wie der Verfasser sagt, die Streikversicherung nicht nur Folge des Selbsthaltungstriebes, sondern auch Pflicht gegen das Volksganze ist. Er versichert, daß die Mittel, welche die Gemeinschaft der in der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zusammengeschlossenen Arbeitgeber zu gegenseitiger Unterstützung aufbringen, so groß sein können, daß auch sehr bedeutende Streikschäden bei großen Konzernen ohne weiteres erträgt werden können. Da der Zweck der Streikversicherung der ist, lange Ausfallsbewegungen zu finanzieren, so ist von der Bildung von Streikentschädigungsgesellschaften auf regionaler Grundlage abzuraten, es sei denn, daß die Gesellschaft eine große Zahl von Verbänden verschiedener Industrie- und Gewerbegebiete umfaßt, sich aber ein größeres Gebiet erstreckt und sich stark rückversichert. Einzelne Fachverbände sollen nur dann selbständige Streikentschädigungskassen schaffen, wenn der Zusammenschluß innerhalb des zentralen Verbandes sich lückenlos vollzieht, also obligatorisch ist, wie zum Beispiel beim Gesamtverband der Metallindustriellen, dessen Mitglieder also auf das ganze Reich verteilt sind. In jedem Falle stärkt der Zusammenschluß innerhalb des Verbandes auch zu gegenseitiger finanzieller Unterstützung das Solidaritätsgefühl und die Verbandsdisziplin. Derartige sachliche Streikentschädigungsgesellschaften finden ihren Anschluß an die Allgemeinheit der Unternehmer durch Rückversicherung in der Spitzenorganisation.

Verbandsnachrichten.

- Die Abrechnung für das 3. Quartal haben eingekandt:
 Can 1. Soltan, Northam, Schwarmstedt, Lübbecke.
 Can 2. Dornmühl, Esserwerda, Erdborn, Königslutter, Hartzgerode, Alleringersleben, Stendal, Or. Kottmersleben, Kl. Winnigstedt.
 Can 3. Jüllichau, Herfelde, Rübbersdorf, Dösch-Krone, Brandenburg.
 Can 4. Anklam, Doberan, Dömitz, Orestwald, Hagenow, Kammin, Sabes, Teflin, Teterow, Plau, Demmin, Kolberg.
 Can 5. Danzig, Königsberg, Dösch-Cölan.
 Can 6. Scharo.
 Can 7. Annaberg.
 Can 8. Weimar.
 Can 10. Landshut.
 Can 11. Eßlingen, Schwenningen, Stuttgart, Heidenheim, Kottweil, Göttingen.
 Can 12. Kaiserslautern, Neustadt, Speler, Zweibrücken, Bergedorf, Neumünster.
 Can 13: Fulda, Kassel, Würzburg, Worms, Dieffen, Limburg.
 Can 14: Bonn, Köln, Solingen.
 Can 15: Lübeck, Marne.
 Can 16: Dortmund.

Ausflug.
 Heidelberg. Karl H. A. n. e. Buch-Nr. 187 206, wegen Verstoß gegen § 14 Abs. 3d des Statuts.

Literarisches.

Jedem Mann ein Ei, dem braven Schmeppermann aber zwei. Was dieser uralt Spruch besagt und wer der brave Schmeppermann war, sagt uns die soeben erschienene 9. Lieferung des Kleinen Brockhaus: Ein lapidarer Feldhauptmann, der vor 800 Jahren den Sieg Kaiser Ludwigs des Bayern über den Habsburger Friedrich den Schönen entschied. Das neue Heft beweist uns wieder, wie reichhaltig und großzügig das ganze Werk angelegt ist. Eine klare Übersicht unterrichtet uns über die Theorien und die Weengeschichte des Sozialismus, eine andere führt uns in die Sozialpolitik ein. Die Folgen des Turnbaus zu Babel erkennen wir in der Zusammenfassung der unheimlich zahlreichen Sprachen der Erde. Dann folgt eine Übersicht über die Steuern, eine Statistik der Selbstmorde im Deutschen Reich. Eine farbenprächtige Tafel führt uns die einheimischen Singvögel vor. Zwei Tafeln berichten über Optik, Photographie und Kinematographie unter der Berücksichtigung der neuesten Erfindungen. Die ganze Weltkultur durchstreifen wir beim Studium der Tafeln Plastik, die den Werdegang dieser Kunst von der ältesten Steinzeit bis zum jüngsten Expressionismus veranschaulichen. Alles in allem können wir sagen, daß auch diese vorliegende Lieferung ein prächtiges Zeugnis tabelloser Arbeit ist. Dieses Heft enthält auch ein Preisauschreiben, das einem jeden ermöglicht, durch einen glücklichen Gedankenblitz eine Menge Geld zu verdienen, nämlich beinahe das Hundertfache des Betrages, den er für den ganzen Kleinen Brockhaus angelegt hat.

Maria Andersen Herz: "Kinder der Zukunft". Verlag J. H. W. Dieß Nachf., Berlin SW. 68. Ganzleinen Preis 4 Mk. Armut und angestrengte Arbeit waren die herrschenden Mächte in Andersen Herz's Jugendjahren. Er hat Freud und Leid der Schaffenden an eigenen Leib erlebt. Und als für ihn später die Sonne zu scheinen begann, da litt er bei dem Gedanken an alle diejenigen, die da frieren und saßen. Er griff zur Feder, um das Leben der Armen in Erzählungen und Romanen zu formen. Und er hat sich längst durchgesetzt. Durch sein ganzes Schaffen drängt sich immer wieder das reiche Mitwissen um die Not der Kleinen, das heiße Mißbehagen mit denen, die ein dunkles und sonnenloses Dasein führen. Das prägt sich auch wieder in seinem neuen Band Erzählungen aus, der bei J. H. W. Dieß Nachf., Berlin SW. 68, jetzt erschienen ist. Vorwärtsdrängende, in die Zukunft Bauende sind ihm die Söhne und Töchter des Proletariats, und so nennt er sein neues Buch "Kinder der Zukunft". Er sagt darin: Es ist notwendig, daß eine der Gesellschaft auch die unheimlich herzigen Wahrheiten sagt; und wer ist geeigneter dazu als der, der das Elend bis auf den Grund kennengelernt hat?

Das Verkehrsbißlein für alle. Von Oberingenieur K. A. Lamm, Sachverständiger der Berliner Straßenbahn und der Verkehrsunternehmungen. Verlag Erich Pfeiler, Dresden-N. 16. Der Preis dieses Werkchens beträgt bei einem Umfange von 122 Seiten und 45 Abbildungen nebst vielen Regeln nur 60 Pf. In diesen vielen zum Teil humorvollen Bildern wird gezeigt, was man im Verkehr zu beachten und zu unterlassen hat. Kurze Schlagworte und Regeln ergänzen die bildliche Darstellung.

"Republik". Sechs lebende Bilder mit begleitendem Text und Massengesang. Von E. Rheinsberg. A. Hoffmanns Verlag, Berlin O. 27, Blumenstr. 22.

Die Erwerbslosenfürsorge. Von Dr. jur. Maria Schude, Oberregierungsrat im Sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium. (Ergänzungsband.) 368 Seiten. Preis geb. 9,50 Mk. Verlagsbuchhandlung E. Heinrich, Dresden-N. Der im vorigen Jahre erschienene Kommentar über die Erwerbslosenfürsorge von Schude hat durch den soeben zur Ausgabe gelangenden "Ergänzungsband" eine wertvolle Bereicherung erfahren. Mit dem Hauptband zusammen stellt es sich nunmehr als ein vollständiges Handbuch der Erwerbslosenfürsorge unter Berücksichtigung ihrer Beziehung zu Nachbargebieten dar, dessen Anschaffung den öffentlichen Arbeitsschreibern wie den Behörden ein dringendes Bedürfnis sein wird, auch den Krankenkassen, Fürsorgestellen und Gewerkschaften dürfte das Buch menntbehrlich sein.

Briefkasten.

Frankfurt a. M. Besten Dank für die Zusendung Letzte Politik mit Artikel "Senecredienste". Du wirst von mir nicht erwidert, daß ich auf einen solchen Unfinn eingebe. Weshalb soll ich allein diese Last ernt nehmen, wenn das allgemein niemand möglich ist.